488 8/2011

blickpunkt

www.dkp-mw.de

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

Bundeswehr rekrutiert an Schulen

Im Herbst vergangenen Jahres gab es einen Auftritt der Bundeswehr an der Bertha-von-Suttner-Schule. Wir protestierten dagegen. Weil der Bundeswehr der Nachwuchs fehlt, wirbt sie jetzt verstärkt an Schulen und in Medien. So will sie im September erneut in der „Bertha" einen Werbestand aufbauen.

Den Bundeswehr-Werbeprofis werden die Türen zu Klassenzimmern immer leichter geöffnet. Der Grund dafür sind zahlreiche in jüngster Zeit geschlossene Kooperationsvereinbarungen von Bundesländern mit der Bundeswehr.
Darin wird die Armee zum offiziellen „Bildungspartner" erklärt: Soldaten halten politische Vorträge in Schulen, sponsern Unterrichtsmaterialien, laden zu Exkursionen in Kasernen ein und erreichen so hunderttausende von Schülerinnen und Schülern. In acht Bundesländern gibt es bisher schon solche Partnerschaften.
Man will über die Klassenzimmer in die Köpfe der Jugend. Es gibt Seminare zu „Wirtschaft, Ethik und Medien" und Vorträge über die „Relativität von Wahrheit".
Viele Seminare wurden von der Berliner Organisation „Young Leaders" veranstaltet, die nach eigener Aussage „Meinungsmachern von morgen" ein Forum bieten möchte.
Geldgeber für diese Wochenendseminare sowie für vier große Jugendpressekongresse pro Jahr ist aber ein ganz anderer: die Bundeswehr. Oder genauer, der Presse- und Informationsstab von Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU).

So wurde - auch noch heimlich - mit Steuergeldern Reklame für die Bundeswehr gemacht. Mittlerweile - so hieß es jedenfalls - will die Bundeswehr diese Tricks vermeiden.

Bundesweit regt sich an immer mehr Schulen Widerstand. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) lehnt die Werbeversuche der Bundeswehr ab und ruft Lehrer zum Widerstand auf. „Die Schule ist kein Ort für Rekrutierung von Berufssoldatinnen und -soldaten."
Doch die Bundeswehr setzt nicht nur auf die Präsenz bei Berufsmessen. Im April startete sie eine millionenschwere Werbekampagne. Sie organisiert Volleyball- und Fußballturniere. Auf Kosten der Bundeswehr werden tausende von Jugendlichen in Kasernen und Sportschulen eingeladen. Dort spielen sie dann , umringt von Wehrdienstberatern, Infoständen und Kriegsgerät. Mehr als 5,6 Mill. Euro Steuergelder werden allein für Anzeigen in den Medien verwendet, weitere Millionen fließen in andere Kampagnen. Von „Zukunftschancen", „Ausbildungsplätzen" und „Karriere" ist die Rede, allerdings nicht von Krieg, Verstümmelungen und Tod. rh

Immer so weiter?

Der Afghanistankrieg wird zehn Jahre alt. Begonnen wurde der Krieg unter SPD-Grün, fortgesetzt unter CDU-SPD und weitergeführt unter CDU-FDP. Deutsche Soldaten kämpfen in Kundus, doch wofür eigentlich?

Kriegsvorwand Terrorismus
Als Reaktion auf die Anschläge vom 11. September 2001 schickte der Bundestag Soldaten in den „Krieg gegen den Terror". Das Grundgesetz und das Völkerrecht verbieten jedoch die

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 1

Vorbereitung und Teilhabe an Angriffskriegen. Also münzte SPD-Verteidigungsminister Struck mit Hinweis auf drohende Terrorangriffe den Krieg in einen „Verteidigungseinsatz" („Deutschlands Freiheit wird am Hindukusch verteidigt."). Der Krieg durfte nicht Krieg genannt werden. Noch 2001 sagte Joschka Fischer: „Niemand, meine Damen und Herren, führt Krieg in Afghanistan."
Im Jahr 2010 waren die Schrecken des Afghanistan-Einsatzes so deutlich, dass selbst der CSU-Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg zugab, dass es sich um einen Krieg handelt.

Kriegsvorwand Entwicklungshilfe

Das zweite Mandat für einen Bundeswehreinsatz stand im Zeichen der Entwicklungshilfe: Im Dezember 2001 beschloss der Bundestag, sich mit 1200 Soldaten an der ISAF zu beteiligen - nur für sechs Monate und nur zur Aufrechterhaltung der Sicherheit in Kabul und Umgebung. Die Legende, dass die deutschen Soldaten „Entwicklungshelfer in Uniform" seien, wurde einige Jahre aufrechterhalten. Eine Dekade nach Beginn des Kriegseinsatzes erklärte aber die Bundesregierung: „Die stetig wachsende Militärpräsenz hat bisher nicht zu einer signifikanten und nachhaltigen Verbesserung der Sicherheitslage geführt."

Kriegsvorwand Menschen- und Frauenrechte

Schritt für Schritt wurde die räumliche und zeitliche Begrenzung der Bundestagsmandate ausgeweitet und das Schwergewicht auf Kampfformationen wie die KSK und Eingreiftruppen gelegt. Zur Begründung hieß es, die NATO agiere in Afghanistan, um die Befreiung der Frauen voranzubringen. Im März 2010 kam durch Wikileaks ein Dokument ans Tageslicht, in dem die CIA Frankreich und Deutschland riet, mit diesen Argumenten *„die unter westeuropäischen Frauen weitverbreitete Skepsis gegenüber dem Afghanistan-Einsatz zu überwinden"*. Heute berichten viele Afghaninnen, dass sich ihre Lebenssituation nicht verbessert habe. Im Gegenteil: Frauenunterdrückung ist alltäglich.

Warum also dieser Krieg?

Bundespräsident a.D. Köhler sagte, *„dass im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege"*.
Verteidigungsminister a.D. Guttenberg wollte den Zusammenhang zwischen Sicherheitspolitik und Wirtschaftsinteressen *„offen und ohne Verklemmung"* herstellen.
Guttenberg: *„Ich frage mich bis heute, was so verwegen an den Ausführungen Köhlers gewesen sein soll"*.

. . . und die Opfer?

Zehn Jahre Krieg in Afghanistan unter wechselnden Regierungskoalitionen.
Das Fazit im Sommer 2011: 52 tote Bundeswehrsoldaten, mehr als zehntausend tote Zivilisten, fünf Millionen afghanische Flüchtlinge.
Jeder weiß, in Kriegen gibt es Opfer. Wenn die Bundeswehr weiter Soldaten hinschicken will, muss sie also ihre Freiwilligen-Werbung verstärken. Sie tut es.
Zum Beispiel im September bei den Schülerinnen und Schülern in der Bertha-von-Suttner-Schule.

blickpunkt

Besuchen Sie uns im Internet
www.dkp-mw.de

Immer mal an den „blickpunkt" denken!

Herzlichen Dank allen, die dem „blickpunkt" helfen:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto 9003419, BLZ 50852553

Waffenhandel stoppen!

Als jetzt bekannt wurde, dass der „Bundessicherheitsrat" (ein geheim tagender Ausschuss der Bundesregierung) die Lieferung von 200 Leopard-2-Panzern nach Saudi-Arabien genehmigte, gab es zu Recht viele Proteste. Wie kann man gerade jetzt tödliche Waffen an einen Staat verkaufen, der vor kurzem im Nachbarland Bahrain friedliche Proteste blutig niederschlagen half? An eines der brutalsten autoritären Regime der Welt? An einen Staat, in dem Minderheiten rücksichtslos verfolgt und unterdrückt werden, Frauen keinerlei Rechte genießen, Folter in den Gefängnissen der Geheimpolizei an der Tagesordnung ist und Menschenrechte nichts gelten? An einen Staat, der inmitten der Nahost-Region liegt, die mit Waffen voll gepumpt und voller Spannungen ist?
Die Bundesregierung fördert „auf Teufel komm' raus" den Export deutscher Waffen in alle Welt - ohne Rücksicht auf die politischen Folgen, ohne Rücksicht darauf, was mit den Waffen geschieht. Damit verstößt sie gegen die Grundsätze, die sie sich selbst gegeben hat (Rüstungsexportrichtlinien 2000) und denen sie im Rahmen der Europäischen Union zugestimmt hat (Code of Conduct). Dort ist unmissverständlich die Rede davon, dass weder in Spannungsgebiete noch in Staaten geliefert werden soll, in denen es nennenswerte Menschenrechtsdefizite gibt. Beide Hinderungsgründe treffen auf Saudi-Arabien eindeutig zu.

Notwendig ist:

Öffentlicher Protest gegen den Export von Kriegswaffen in Spannungsgebiete und an Regime mit einer problematischen Menschenrechtssituation.

Politischer Druck auf die Rüstungsunternehmen, ihre Produktpalette zu demilitarisieren.

Politische Initiativen bei Land und Bund zur Konversion (Umstellung) der Rüstungsproduktion.

KOMMUNALES

Gesundheitskommission soll endlich tagen

Im Dezember 2010 wurde der Magistrat auf Antrag der DKP/LL beauftragt, unverzüglich die Gesundheitskommission einzuberufen. Hier sollte dringlich beraten werden, wie die ärztliche Versorgung der Einwohner zu gewährleisten ist, nachdem ein ortsansässiger Arzt angekündigt hatte, keine "Kassenpatienten" mehr zu behandeln. Viele Patienten hatten erhebliche Schwierigkeiten, von anderen Ärzten "angenommen" zu werden. Jetzt hat der Bürgermeister die Einladung der Gesundheitskommission im August angekündigt. Zeit wird's.

Wer interessiert sich für Kommunalpolitik?

Infos: www.dkp-mw.de

GerdSchulmeyer@gmx.de

Wirtschaftskrise

Seit letztem Dezember ist die Bürgerhausgaststätte geschlossen. Auf Nachfrage der DKP/LL im Haupt- und Finanzausschuss teilte der Bürgermeister mit, dass zurzeit externe Berater ein neues Nutzungskonzept für das Bürgerhaus erarbeiten. Wir sind gespannt, was da "ausgebrütet" wird und wann das "Konzept" der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt wird. Wünschenswert wäre ja schon, dass die Gaststätte noch im laufenden Jahr - wie angekündigt - wieder eröffnet wird. Aber genau deshalb ist es höchste Zeit für eine offene und öffentliche Aussprache, wohin "die Reise" im Bürgerhaus gehen soll.
Nach einem Dreivierteljahr könnte man eigentlich erwarten, dass sich erkennbar mal was tut.

Fakt ist: Die Gaststätte im Bürgerhaus ist immer noch "zu" - und anstatt dass es in Sachen "Neuverpachtung" greifbare Ergebnisse gibt, ist inzwischen auch der "Waldenserhof" geschlossen. GS

Alte Platten bleiben liegen

Die DKP/Linke Liste hatte den Antrag gestellt, dass die Bürgersteige im Heinerweg in Mörfelden schnellstens durchgängig mit Verbundsteinen belegt werden. Zur Begründung hatten wir geschrieben: "Im Heinerweg wurden die alten Gehwegplatten weitgehend durch Verbundsteinpflaster ersetzt. Teilweise liegen auch noch - zum Teil lose - die alten Platten, die eine Unfallgefahr für Fußgänger darstellen. Der Bürgersteig sollte schnellstens durchgängig erneuert werden." Der Bürgermeister erklärte, dafür sei kein Geld da. Der alte Belag werde ausgebessert. SPD, Grüne, CDU und FDP lehnten unseren Antrag ab.

„Markertsweg" instandsetzen

Mehrfach wurden wir darauf hingewiesen, dass der von Fußgängern und Radfahrern stark genutzte Verbindungsweg von der Langener Straße zur Umgehungsstraße ("Markertsweg") in einem traurigen Zustand ist. In der Tat ist ein langes Wegstück unbefestigt und zugewachsen. Hier sollte die Stadt noch im Sommer Abhilfe schaffen.

Die Lehren aus der Geschichte ziehen
Die Hessische Verfassung verwirklichen

Wenige wissen es: Im Juni 1946 hatten sich in einem Volksentscheid in Sachsen wie in einer Volksbefragung im Dezember in Hessen jeweils über 70% der Befragten für die Enteignung der Konzerne und deren Überführung in öffentliches Eigentum ausgesprochen. In Ostdeutschland wurde auch so verfahren. Die westdeutsche Antwort hieß „Marktwirtschaft".
Marktwirtschaft war das Versprechen, dass Ballung wirtschaftlicher Macht durch Monopole verhindert würde. In Wahrheit war „Marktwirtschaft" der Rauchvorhang, hinter dem sich die Restauration der Konzernmacht vollzog.
Alfred Krupp, im Nürnberger Prozess gegen die Nazi- und Kriegsverbrecher enteignet und zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt, wurde nach drei Jahren entlassen und erhielt sein Vermögen zurück.
Der freie Wettbewerb sollte angeblich fortan die Wirtschaft regulieren. Jeder weiß was daraus geworden ist. Die eigentliche Macht im Staat haben nicht das Volk oder die Regierung, sondern die Großbanken und großen Konzerne.
Die Banken profitieren bei jeder Krise, ihre Manager erhalten millionenschwere Abfindungen, selbst wenn sie den Karren an die Wand fahren.
Es gibt marktbeherrschende Konzerne, es gibt Preisabsprachen (jeder merkt es bei den Benzinpreisen in der Urlaubszeit).
Kürzlich wies das Kartellamt darauf hin, wie Erdölkonzerne ihre Preise an den Tankstellen diktieren. Und was geschah? Nichts. Das Kartellamt sieht ja auch dem schamlosen Preisdiktat der Energiekonzerne tatenlos zu.
Und die öffentliche Meinung? Man spürt täglich: die Meinung der Herrschenden ist die herrschende Meinung. Wer reich ist, ist einflußreich.
Entschieden kann man dem nur entgegenwirken, wenn die Monopole in demokratisch kontrolliertes öffentliches Eigentum überführt werden.
Oder wie es in die Hessische Verfassung geschrieben wurde: Schlüsselindustrien sind in Gemeineigentum zu überführen: Bergbau (Kohlen, Kali, Erze), Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung, Betriebe der Energiewirtschaft, das an Schienen oder Oberleitungen gebundene Verkehrswesen.
Gleichzeitig hieß es: Großbanken und Versicherungsunternehmen müssen vom Staat beaufsichtigt oder verwaltet werden. Dafür stimmte am 1. Dezember 1946 eine eindeutige Mehrheit, 72% Prozent der hessischen Wählerinnen und Wähler.

Vorstandsbezüge explodieren

Man stelle sich vor, die Gewerkschaften würden eine Lohnerhöhung von 22 Prozent fordern. Die unheilige Allianz aus Kapital und Kabinett und medialen Konzernschreibern würde Zeter und Mordio schreien.
Nicht so, wenn es um die Gehaltsexzesse der Topmanager geht, das ist kaum eine Pressenotiz wert. Die Konzernbosse aber haben im vergangenen Jahr nicht nur 22 Prozent mehr gefordert, sondern in dieser Höhe auch zugelangt. Im Durchschnitt erhöhten sich die Dax-30-Vorstände ihre Bezüge um 525.000 Euro (+ 21,96%). Das geht aus der jetzt veröffentlichten Vorstandsvergütungsstudie 2011 der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) hervor.
Die Vorstandsbosse strichen also fast das Doppelte ein: 4,537 Millionen Euro im Durchschnitt. Ebenfalls plus 22% (21,6%). Spitzenreiter sind hier Martin Winterkorn (VW) 9,33 Millionen, Josef Ackermann 8,99 Mio., Siemens-Chef Löscher 8,98 Mio. und Daimler-Boss Zetsche 8,82 Mio. Euro. Dazu kamen im Durchschnitt 570.000 Euro jährliche Pensionszusagen, damit die Manager im Ruhestand nicht in die Altersarmut abrutschen.
Auch in der zweiten Liga der Konzerne wurde noch klotzig verdient: 1,55 Millionen Euro pro Vorstand. Knapp 18% mehr.
Die Vergütungssteigerungen bei den Dax-Konzernen sind mit + 22% genau zehnmal so hoch wie die Lohnerhöhungen der abhängig Beschäftigten im vergangenen Jahr.

Brigadistas

„Brigadistas", ein Dokumentarfilm über die letzten zum Zeitpunkt der Filmaufnahmen noch lebenden KämpferInnen der internationalen Brigaden im spanischen Bürgerkrieg zeigt der Kreisverband Die LINKE

am 20. August um 19.00 Uhr
im Groß-Gerauer Kulturcafe.

Mindestlohn notwendig

Gesetzlicher Mindestlohn ist notwendig um die Einkommensverarmung von Beschäftigten und ihren Familien zu stoppen. Eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung belegt, dass die realen Nettogehälter zwischen 2000 und 2010 durchschnittlich um 2,5%, bei den Geringverdienenden sogar um bis zu 22% gesunken sind.
Gleichzeitig hat das statistische Bundesamt berechnet, dass nie so viele Menschen wie 2010 in nichtregulären Jobs beschäftigt waren. Das führte dazu, dass immer mehr Männer und Frauen trotz Arbeit nicht mehr die Existenz ihrer Familien sichern können.

Trotz Lohnerhöhungen: Inflation bewirkt Minus

Der angebliche Aufschwung geht in unserem Land am größten Teil der Bevölkerung vorbei.

Jetzt wurde bekannt, daß die Renten in den vergangenen zehn Jahren real um 7 Prozent gekürzt wurden.

Bei der jetzigen Inflationsrate (über 2,3 Prozent) werden sich die vereinbarten Tarif-Abschlüsse in ein Minus verkehren.

Bis zu 22% weniger in der Tasche

Die Lohnquote in Deutschland ist in den vergangenen 10 Jahren um mehr als vier Prozent gefallen. Wäre die Lohnquote wenigsten seit 2001 gleich geblieben, dann hätten die Beschäftigten insgesamt rund 112 Milliarden Euro mehr in der Tasche gehabt.
Seit dem Jahr 2000 sind vor allem am unteren Ende der Lohnskala die Löhne und Gehälter gesunken.
Demnach hatten Beschäftigte in den unteren drei Einkommensgruppen - sie verdienten 2010 zwischen 311 und 705 Euro - zwischen 16 und 22 Prozent weniger in der Tasche als noch vor zehn Jahren.

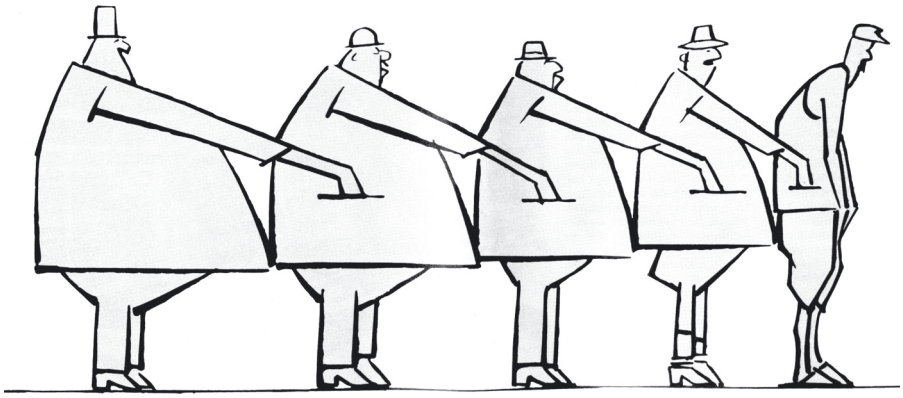
Wer soll es bezahlen?

Die Bundeskanzlerin meinte, „die Brüsseler Beschlüsse kosten den Steuerzahlern zunächst einmal garnichts!"
Die Wahrheit sieht aber völlig anders aus, als sie dargestellt wird. Der „Euro-Rettungsfonds" verfügt über 700 Milliarden und Deutschland, beziehungsweise die deutschen Steuerzahler, tragen davon 27,1 Prozent das heißt 189.000.000.000,- Euro.
Damit wird sich natürlich auch die Neuverschuldung des Bundes erhöhen. Was folgt kennt man: Die sozialen Einschnitte werden noch brutaler, Lohndumping und prekäre Arbeitsverhältnisse werden auf die Spitze getrieben, der Sozialstaat gänzlich ausgehungert, eine extreme Polarisierung der Gesellschaft in Armut und Reichtum hingenommen. Das alles geschieht unter dem Schlachtruf „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit".
Die Souveränität und der Gestaltungsspielraum der Parlamente werden minimiert. Der Bundestag z. B. behält zwar das Recht, über eine Erhöhung der Hartz-IV-Sätze um drei Euro wochenlang zu debattieren, die großen Finanzentscheidungen aber fallen in anderen Gremien.
Rettungspakete über zigmilliarden Euro für die Banken wurden in Nacht-und-Nebel-Aktionen von einem exklusiven Zirkel beschlossen.
Das Parlament hat sich entmündigen lassen. Der Souverän der Politik sind heute die Banken und das „Urteil der Finanzmärkte". Sie heben oder senken die Daumen über ganze Volkswirtschaften. Im Grundgesetz steht etwas anderes.

Suche dringend Wohnung in Mörfelden

1 – 1 ½ Zimmer bis 45 m²
€ 400,00 warm.
(ab sofort)

Telefon
0176 – 35 80 34 10



Den kleinen Leute in Europa will man wieder in die Tasche greifen

Beim Euro-Start war man in Sektlaune. Jetzt ist Selters angesagt.
Es wird darauf hinauslaufen, dass man überall in Europa den kleinen Leuten verstärkt in die Taschen greifen will. Die jedoch haben die Krise nicht verursacht.
Das heißt jetzt aber auch, die Arbeiterinnen und Arbeiter, die Rentner, die „kleinen Leute" dürfen sich nicht auseinander dividieren lassen. Jetzt gilt vor allem: Wehren wir uns gemeinsam gegen Sozialabbau.

Wer hat heute die Macht im Staat?

Fragt man bei den Menschen nach, sagen sie die alte Wahrheit: „Geld regiert die Welt!"
In der Euro-Krise wird einmal mehr deutlich: Die Regierungen sind nur Marionetten der Finanzhaie. Sie fördern mit Spardiktaten für Griechenland u.a. Lohn- und Sozialabbau. Banken und Spekulanten haben an den hohen Zinsen verdient. Die Politik hat den Banken Zeit verschafft, ihre faulen Staatsanleihen bei der Europäischen Zentralbank (EZB) zu parken. Ein Schuldenschnitt steht immer noch aus.
Wir sagen: Wer die Euro-Krise bewältigen und die Steuerzahler schützen will, muss die Finanzmärkte entmachten und die Profiteure der Krise zur Kasse bitten.
Das ist die Voraussetzung, um einen geordneten Schuldenschnitt ohne Kettenreaktionen und Wucherzinsen zu ermöglichen. Wir brauchen ein Aufbauprogramm, z.B. für Griechenland, und müssen gleichzeitig den Niedriglohnsektor in Deutschland über einen Mindestlohn und die Abwicklung der Agenda 2010 austrocknen.

Kampffelder der Interessen

In der Krisenpolitik werden die Kampffelder der Interessen deutlich. Zwischen den dominierenden europäischen Großmächten Deutschland und Frankreich herrschte z.B. weitgehend Einigkeit bei der Durchsetzung der brutalen Roßkur, mit der Griechenland in die Depression getrieben wurde. Über die Interessen der Werktätigen in Europa wird weniger gesprochen. Wir sollten froh sein, wenn in Griechenland und anderen Ländern die Kolleginnen und Kollegen auf die Straße gehen. Ihnen muss unsere Solidarität gehören, von ihnen können wir lernen.

Die Märkte treiben die Politik vor sich her

Die Krise wird den aktuellen Brüsseler Gipfel überdauern. Die Eurokrise ist zu einem Schrecken ohne Ende geworden. Durch erzwungene Lohn- und Ausgabenkürzungen schrumpfen Wachstum und Steuereinnahmen, Arbeitslosigkeit und Schulden steigen. Das kriselnde Südeuropa braucht aber Investitionen. Der Weg aus der Schuldenfalle führt über Wachstum und niedrigere Zinsen.
Es bleibt ein Skandal: Mit Steuergeld gerettete Banken bestimmen den Preis, zu dem sich Staaten Kapital leihen. Ratingagenturen, die für Schrottpapiere Bestnoten vergaben, urteilen über die Kreditwürdigkeit Athens, Lissabons oder Dublins. Investmentbanken und Hedgefonds wetten mit Kreditausfallversicherungen auf Staatspleiten. Die Staatsfinanzen hängen am Tropf der Kapitalmärkte. Dieses System kann man nicht schön schminken, es gehört abgeschafft. rh

Auf dem richtigen Dampfer

Herzlichen Dank allen, die dem „blickpunkt" helfen:

Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto 9003419, BLZ 50852553

Foto: Jaworr

Immer wieder Hochwasser

Schafgasse, Wassergasse und Stadtmitte unter Wasser

Es war mal wieder so weit. Der Mörfelder Dalles bis in die Langener Straße hinauf und der Bereich Schafgasse-Wassergasse standen am 22. Juni, nach einem verhältnismäßig kurzen Starkregen, wieder einmal unter Wasser. Es gab Schäden in einer Kita und sogar in der Mainstraße standen Keller unter Wasser.

Die einen sagen: „Das hat es früher auch schon gegeben." Andere, hauptsächlich die Betroffenen, sagen: „Das war früher aber seltener und nicht wegen jedem kurzen Starkregen". Da ist etwas dran. Im Jahr 2009 hatten die Schafgässer dreimal und 2010 zweimal „Land unter".

Eine Anwohnerin schrieb in einem Brief an den Bürgermeister: *„Bereits nach 5 Minuten Starkregen kam das Schmutzwasser in der Schafgasse/Wassergasse wiederum aus dem Kanal, wie ein Springbrunnen, ca. 50 cm hoch. Meine Hofeinfahrt mußte von Toilettenpapier befreit werden, es stinkt fürchterlich nach Fäkalien. Meine Geduld ist erschöpft, ich bitte hier um sofortige Abhilfe. Da ich einen hohen Aufwand zur Beseitigung der Wasserschäden habe, erwarte ich von Ihnen, daß bis zur Beseitigung dieses Mangels ich von der Zahlung der Abwassergebühren befreit werde. Unabhängig davon erwarte ich, daß nach vielen Jahren hier Abhilfe geschaffen wird."*

Sie sagte uns noch am Telefon: *„Die Stadt weiß, wie unsere Straße nach jeder Überschwemmung aussieht, voller Fäkalien und Klopapier. Da könnte sie schon mal ein Straßenreinigungsauto vorbei schicken."* Wie bereits im Januar-„blickpunkt" berichtet, wird in der Brückenstraße, nicht ohne Druck der DKP-LL Fraktion, demnächst eine Regenwasserentlastungsanlage gebaut und man erhofft sich dadurch auch eine Verbesserung der Situation in der Wasser- und Schafgasse. Ohne ein größeres Regenüberlaufbecken in der Langstraße (Parkplatz früher HL-Markt) wird es sicher nicht abgehen. Auch das öfter auftretende Hochwasser in der unteren Langener Straße kann von Seiten der Stadt nicht länger ignoriert werden. Wir befürchten, dass der Kanal in der Westendstraße (der älteste Kanal von Mörfelden) zu klein für die ankommenden Wassermassen ist. Dies hätte allerdings vor der teuren Sanierung der Westendstraße überlegt werden müssen.

Heinz Hechler

Gegen den weiteren Ausbau des Flughafens

Während auf dem Gelände der neuen Landebahn die Fraport ihr „Einweihungsfest“ feierte, demonstrierten im Terminal 1 des Flughafens die Gegner des Ausbaus. „Wenn ihr weiter schlaft, dann könnt ihr bald nicht mehr schlafen“, hörte man aus dem Megafon. Die Demonstranten tragen rote T-Shirts mit dem Aufdruck „Stop Airport Expansion“. Passend dazu auf dem Kopf gelbe Eimer mit dem Slogan "Region im Eimer". Der Boden ist von grünen Blättern übersät. Aus einem Lautsprecher dringt Vogelgezwitscher. Die Teilnehmer schwenken die dünnen Äste. Sie wehen wie Bäume im Wind. Wenn man die Augen schließt, wirkt alles idyllisch. Plötzlich kreischen Motorsägen aus einem Lautsprecher. Dazu ein tiefes Dröhnen von schweren Baumaschinen. Die Bäume fallen. Dann nur noch das monotone, sich wiederholende Geräusch eines landenden Flugzeugs. Eine notwendige Demonstration, die nicht die letzte sein wird.

So kann es nicht weitergehen

Deutschland hat das dichteste Flughafennetz der Welt. Jeder Landesfürst möchte unbedingt einen Airport. Auf einigen ist kaum Betrieb - aber der Blödsinn geht weiter: 80 Kilometer von Paderborn wird jetzt Kassel-Calden betoniert.

Über drei Millionen Starts und Landungen finden in Deutschland jährlich statt – rund 160 Millionen Passagiere und 3,5 Millionen Tonnen Fracht werden befördert. Prognosen für die nächsten fünfzehn Jahre bescheinigen dem Luftverkehr ein Wachstum bis zu 80 %. Man spricht davon, dass sich die Flugbewegungen bald verdoppeln.

Die Flugbewegungen in Frankfurt nehmen kontinuierlich zu. 1980 gab es rund 220.000 Starts und Landungen pro Jahr, heute sind es bald 500.000. Zurzeit sind in Frankfurt bis zu 83 Flugbewegungen pro Stunde möglich und mit Inbetriebnahme der neuen Landebahn Nord-West ab Oktober 2011 werden bis zu 126 Flugbewegungen pro Stunde möglich sein. Das bedeutet: Es könnten gut 50 Prozent mehr Flugzeuge starten bzw. landen.

Eine aktuelle Fluglärmstudie des Mediziners und Epidemiologen Professor Eberhard Greiser wird zwar diskutiert aber es werden keine Lehren daraus gezogen.

Erkannt wurde, bereits ab einer mittleren Dauerbelastung von 40 Dezibel Lärm schnellt das Risiko für Herz- und Kreislauferkrankungen signifikant nach oben – unabhängig von der Sozialschicht der Versicherten. Vor allem Frauen sind davon betroffen. Das Risiko eines Schlaganfalls erhöht sich bei Ihnen um bis zu 172 Prozent. Auch das Brustkrebsrisiko ist deutlich erhöht.

Nächtlicher Lärm ist besonders gefährlich! Damit decken sich die Befunde mit den Ergebnissen diverser Lärmwirkungsstudien. Diese beobachteten bei Lärmeinwirkung einen Anstieg des Blutdrucks sowie Störungen der erholsamen Tiefschlafphasen. Bemerkenswert dabei ist: Selbst wenn Testpersonen ihren Schlaf als ungestört und gut bewerteten, reagierten ihre Körper unterbewusst auf den Lärm. Jeder fünfte Europäer ist nachts einer Geräuschkulisse von über 55 Dezibel (inkl. Straßenlärm) ausgesetzt. Die WHO hat in ihrem Lärmbericht 2009 die Richtlinien für nächtlichen Außenlärm auf 40 Dezibel gesenkt.

Donnernder Hohn

Die Debatte um den Frankfurter Flughafen hat schon manche merkwürdige Blüte getrieben. Kurz vor Inbetriebnahme der neuen Landebahn wird nun auf neuen Flugrouten gestartet und gelandet. Und plötzlich regiert die rheinland-pfälzische Landesregierung.

Anders als Hessen, das beim Nachtflugverbot schlicht gelogen hat, haben sich diverse SPD-geführte Regierungen mehr oder weniger weggeduckt. Die Stadt Mainz und ihre Nachbarn standen mit ihrem Protest über Jahre allein auf weiter Flur. Erst jetzt, wo die Menschen in Rheinhessen (wie auch in Wiesbaden und im Rheingau) in doppelter Hinsicht unsanft wach werden, bricht in der einen oder anderen Amtsstube Geschäftigkeit aus.

Eine Kapazitätserweiterung des größten deutschen Flughafens um ein Drittel konnte weder an Hessen noch an Rheinland-Pfalz spurlos vorübergehen. Das war jedem, der es sehen wollte, sei Jahren klar. Mit der grundsätzlichen Einstellung zum Airport-Ausbau hat eine solche Feststellung nichts zu tun. Sondern nur damit, wie ehrlich man mit den Menschen der Region umgeht.

Durch Last-Minute-Empörung verhöhnen sollte man sie aber auf keinen Fall. Genau das passiert jedoch gerade.

In Rheinland-Pfalz, aber nicht nur dort.

Stadtgeschichten

Heute fährt zur Erntezeit der Mähdrescher auf - bedient von einer Person - und erntet an einem Tag fast die gesamte Fläche aller früheren Mörfelder- Walldorfer Äckerchenbesitzer ab. Noch vor 50 Jahren konnte man die einzelnen Äcker gut voneinander erkennen. Der eine hatte Roggen gesät und der Nachbar gerade im Wechsel Kartoffeln angepflanzt. Roggen hieß in unserer Gegend Korn, anderes Getreide lohnte sich nicht wegen der Sandböden. Die Äcker waren nicht groß – manchmal nur ein Viertel, sehr selten ein ganzer Morgen. Ein Morgen hat 2500 Quadratmeter und vier Morgen sind ein Hektar. Einen Morgen nannte man früher eine Fläche, die mit einem einscharigen Pflug mit Ochse oder Pferd an einem Vormittag (Morgen) gepflügt werden konnte. Bei der Kornernte war die ganze Familie eingespannt. Mühsam musste Schlag für Schlag mit der Sense am Reff (von raffen) das Getreide abgemäht werden. Hinter dem Mäher ging, rückwärts in gebückter Haltung, die „Kleckerin", die mit der Sichel das Gemähte aufhob und auf ein, aus Strohhalmen geknüpftes, Seil legte. Das Legen der Seilchen und das Zusammenrechen der Reste war Aufgabe der Kinder. Nach dem Zusammenbinden der „Geklecke" wurden die „Bosen" zum Abtrocknen zu Kornhaufen aufgestellt. Erst nach Tagen, je nach Witterung, wurde die Ernte auf Wagen geladen und zur Dreschmaschine auf den Dreschplatz gefahren. Ein wesentlicher Zuerwerb neben dem Berufsleben in vielen Familien von Mörfelden und Walldorf. Auf dem Ende der 1930er Jahre aufgenommenen Foto ist Georg Cezanne 13. (Walmomme-Schorsch) aus der unteren Bahnstraße in Walldorf, seine Frau Lotte (Lottche) und Sohn Georg zu sehen.

Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden

KuBa

Cocktailabend:
Die Milch macht's!
Freitag, 5. August, 20 Uhr

Ab-Indie-Kneipe, DJ-Abend
Freitag, 12. August, 20 Uhr
Eintritt frei

16 Bit - Konsolenabend
Freitag, 19. August, 20 Uhr
Eintritt frei

Das Vinyl wird gerettet!
Schallplattenabend
Donnerstag, 18. August, 20 Uhr
Eintritt frei

Sing dein Lied! - SingStar-Party
Samstag, 20. August, 20 Uhr
Eintritt frei

Quiz-Night
Freitag, 26. August, 20 Uhr - Eintritt frei

Unser Lexikon

Schbrisch

„Do soin Brogge gefalle, die hett merr uff kaa Dreckschibb genumme."

(Böse Worte beim Streit.)

Herausgeber: Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Mörfelden-Walldorf - Verantwortlich für den Inhalt: Rudi Hechler, Hochstraße 22, Mörfelden, Tel. 22362 - RudiH@dkp-mw.de - www.dkp-mw.de